

## **Für eine offene Universitätslandschaft Österreich.**

### **Statement des Universitätsrats der Universität Mozarteum zur Regierungsbildung.**

Die Universität Mozarteum Salzburg bekennt sich ausdrücklich zu den Zielen des Universitätsgesetzes:

*„Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre, der Entwicklung und der Erschließung der Künste sowie der Lehre der Kunst zu dienen und hierdurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme des Menschen sowie zur gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft und der natürlichen Umwelt beizutragen. Universitäten sind Bildungseinrichtungen des öffentlichen Rechts, die in Forschung und in forschungsgeleiteter akademischer Lehre auf die Hervorbringung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie auf die Erschließung neuer Zugänge zu den Künsten ausgerichtet sind. Im gemeinsamen Wirken von Lehrenden und Studierenden wird in einer aufgeklärten Wissensgesellschaft das Streben nach Bildung und Autonomie des Individuums durch Wissenschaft vollzogen...“ (UG 2002 (§1))*

Im Wahlkampf zum Nationalrat wurden nun Positionen vertreten, die den Kern der Universität gefährden würden, sollten sie umgesetzt werden.

Als Universitätsrat fühlen wir uns der Arbeit und dem oben zitierten Auftrag der Universität Mozarteum Salzburg verpflichtet. Deshalb möchten wir Folgendes festhalten:

- Die Behauptung, an österreichischen Universitäten herrsche ein „repressives Klima“, trifft auf die Universität Mozarteum Salzburg nicht zu. Das Gegenteil ist der Fall.
- Unter der Überschrift „Recht auf leistungsorientierte Bildung“ wird „Wissen statt Kompetenz“ gefordert. Dies lässt völlig außer Acht, dass Wissen sich ständig erneuert. Insbesondere im Bildungssektor ist es unerlässlich, den *Umgang* mit Wissen (Erkennen und Erwerb/Recherche über Kommunikation bis hin zu kritischer Reflexion, Bewertung und Weiterentwicklung) in den Fokus zu stellen und eben dies verlangt nach Kompetenz.
- „Nein zur Akademisierung aller Lebensbereiche.“ Diese Vereinfachung lässt wesentliche Aspekte völlig außer Acht: Die Dynamik der gesellschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung verlangt eine hohe lebenslange Lernbereitschaft, die Reflexions- und Urteilsvermögen, forschersiche Kompetenzen, Selbstständigkeit, Vernetzung, Internationalisierung und Führungsqualitäten umfasst. In fast allen Lebensbereichen ist zunehmend der Einsatz akademische Kompetenz notwendig, um die komplexen Herausforderungen ökonomischer und ökologischer Entwicklung bewältigen zu können.
- „Meldestellen gegen politisierende Lehrer“: Diese Forderung tangiert mehrere entscheidende Faktoren: 1) Demokratie benötigt politische Bildung. Diese muss in den Bildungseinrichtungen entsprechend gewährleistet werden. 2) Die Einrichtung solcher Meldestellen könnten genau das befördern, was sie vermeintlich verhindern sollen: eine radikale Ideologisierung bis hin zum Denunziantentum entlang politischer Vorgaben.
- Geschlechterdiskurs: Eine Reduktion des Geschlechterdiskurses auf biologische Merkmale kann nur als diskriminierend bezeichnet werden und muss strikt abgelehnt werden. (Das Bundeskanzleramt hat hierzu bereits 2017 den Bericht der Bioethikkommission veröffentlicht.)

- Kultur soll weitergegeben und kulturelles Erbe geschützt werden, insbesondere Landes- und Volkskultur. Diese Formulierungen suggerieren, Kultur sei ein in sich abgeschlossenes Ganzes, was aber mitnichten der Fall ist. Denke wir nur an die unzähligen Reisen der Familie Mozart und die vielfältigen Einflüsse, die die sogenannte Erste Wiener Klassik geprägt haben. Kulturen sind wie Gesellschaften permanent im Wandel, oft auch grenzüberschreitend. Eine bedeutende Rolle in den Kulturen spielen Sitten und Gebräuche, die einer fortwährenden Änderung unterliegen – Sitten werden zu Unsitten, entsprechend ändern sich auch Gesetze und damit die Kulturen. Man denke nur an den Begriff Fräulein für die unverheiratete Frau oder die noch Ende des 20. Jahrhunderts übliche körperliche Züchtigung an Schulen.

Genannte Forderungen rütteln an den Grundwerten des Universitätsgesetzes und sind daher abzulehnen.

Die Universität Mozarteum Salzburg engagiert sich für eine kreative, vielfältige, internationale und faire Bildungslandschaft Österreich, die durch Forschung, Entwicklung und Erschließung der Künste, Vermittlungskompetenzen und Innovationspotential zur demokratischen Entwicklung der Gesellschaft Entscheidendes beiträgt.

Von einer kommenden Bundesregierung erwarten wir uns eine konstruktive Gesprächskultur und die umfassende Förderung der Universität Mozarteum Salzburg im Sinne der demokratischen Grundwerte des Universitätsgesetzes.

Universitätsrat der Universität Mozarteum Salzburg

Salzburg, am 15.01.2025